



SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
Rat der Stadt Schwelm		
Sitzungsort Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14		
Datum 18.03.2010	Beginn 17:05 Uhr	Ende 19:25 Uhr

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

Mitglieder

Grunewald, Frank
Hoffmeier, Maximilian
Kirschner, Thorsten
Lotz, Katharina
Oehl, Heinz
Philipp, Gerd E.
Schier, Klaus Peter
Schwabe, Bernd Ulrich
Strelow, Martin
Tempel, Gabriele
Flüshöh, Oliver
Grothoff-Blum, Christian
Grüntker, Hermann
Hens, Bernd
Kampschulte, Matthias
Nockemann, Frank
Rüttershoff, Karen
Steuernagel, Rolf
Zeilert, Hans-Jürgen
Beckmann, Philipp J.
Heumann-Wasserkamp, Kerstin
Schwunk, Michael
Stark, Wolfgang
Gießwein, Brigitta
Gießwein, Marcel
Weidenfeld, Uwe
Kappelhoff, Petra Viola
Kranz, Jürgen
Feldmann, Jürgen
Lubitz, Eleonore
Bockelmann, Christian Dr.
Siepmann, Ernst Walter

Vorsitzender

Stobbe, Jochen

stellv. Vorsitzende

Ferrara, Santo
Hortolani, Frauke Dr.
Sartor, Christiane

Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Dickhaus, Rolf
Dowidat, Christa
Guthier, Wilfried
Kaltenbach, Rosemarie
Kuss, Jürgen
Lethmate, Egbert
Sormund, Frank
Striebeck, Thomas
Voß, Jürgen

Schriftführer/in

Söhner, Edeltraud

Abwesend:

Mitglieder

Heinemann, Manfred
Rüttershoff, Heinz-Joachim
Rindermann, Horst

Zu Beginn der Sitzung stellt der Bürgermeister fest, dass der Rat ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Anschließend verweist er auf folgende Ergänzungen der Tagesordnung:

neu A 12 – Vorlage Nr. 051/2010

Resolution des Ennepe-Ruhr-Kreises und der kreisangehörigen Städte zur kommunalen Haushaltslage

neu A 13 – Vorlage Nr. 049/2010

Bewilligung einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe –Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen–

neu A 14 – Vorlage Nr. 050/2010

Bewilligung einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen–

↳ ***Alle 3 Vorlagen wurden als Tischvorlage im FA am 11.03.2010 ausgelegt bzw. am 12.03.2010 zugesandt !!!***

neu A 17.1 – Vorlage Nr. 033/2010/1

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2010 "Einführung eines ganzheitlichen Energiemanagements für alle Liegenschaften der Stadt Schwelm"

↳ ***Diese Vorlage liegt als Tischvorlage aus !!!***

↳ *Die Gesamtliste über die energetischen Baumaßnahmen hierzu wurde nur an die Fraktionsvorsitzenden ausgeteilt.*

↳ *Die in der Vorlage angeführte Anlage war bereits der Ursprungsvorlage 033/2010 beigelegt.*

Des Weiteren liegt auf den Tischen der Antrag der SPD vom 16.03.2010 auf getrennte Beschlussfassung zur Vorlage 011/2010 „Bebauungsplan Nr. 85 ‚Östlicher Zamenhofweg‘“ aus.

Herr Stobbe ruft zur Abstimmung über die Ergänzungen der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	35
	dagegen:	1
	Enthaltungen:	

Dementsprechend ergibt sich nachstehende geänderte Tagesordnung:

A Öffentliche Tagesordnung

- | | | |
|----|---|----------|
| 1 | Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 21.01.2010 | |
| 2 | Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung | |
| 3 | Mitteilungen des Bürgermeisters | |
| 4 | Änderung von Ausschussbesetzungen | 024/2010 |
| 5 | Neubildung des Koordinierungskreises Ausländische Mitbürger Schwelm | 030/2010 |
| 6 | Errichtung eines Mensagebäudes für das Märkische Gymnasium | 035/2010 |
| 7 | Aufhebung des Sperrvermerkes beim Etatansatz "Digitale Alarmierung" Dringlichkeitseinscheidung gem. § 60 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW | 001/2010 |
| 8 | Bebauungsplan Nr. 85 "Östlich Zamenhofweg"
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 2 BauGB
2. Beschluss gem. § 3 Abs. 1 BauGB
3. Beschluss gem. § 4 Abs. 1 BauGB | 011/2010 |
| 9 | 24. Flächennutzungsplanänderung (Bereich Talstraße, Baumarkt)
2. Erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) und erneute Beteiligung der Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB | 013/2010 |
| 10 | Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen 2010 | 034/2010 |
| 11 | Erweiterung der Förderschule um den Schwerpunkt Sprache | 217/2009 |
| 12 | Resolution des Ennepe-Ruhr-Kreises und der kreisangehörigen Städte zur kommunalen Haushaltslage | 051/2010 |
| 13 | Bewilligung einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe - Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen- | 049/2010 |
| 14 | Bewilligung einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe - Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- | 050/2010 |

15	Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm	222/2009
15.1	Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm	222/2009/1
15.2	Neufassung der Hauptsatzung, der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse und Änderung der Zuständigkeitsordnung	222/2009/1/1
16	Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen "Vollständige Beratung aller Standards"	021/2010
17	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2010 "Einführung eines ganzheitlichen Energiemanagements für alle Liegenschaften der Stadt Schwelm"	033/2010
17.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.02.2010 "Einführung eines ganzheitlichen Energiemanagements für alle Liegenschaften der Stadt Schwelm"	033/2010/1
18	Fragen des Rates an die Verwaltung	

A Öffentliche Tagesordnung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Ratssitzung vom 21.01.2010**

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

2 **Fragen der Einwohner/innen an Rat und Verwaltung**

keine

3 **Mitteilungen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister teilt mit, dass er den Fraktionen vorab einige Exemplare der Broschüre „Ruhr 2010“ zur Verfügung stellen und weitere Exemplare nachkommen lassen könne.

Anschließend weist er auf die erfolgte Einladung zum Empfang der polnischen Delegation im Rahmen des Comenius Projektes am 22.03.2010 um 13:00 Uhr im Rathaus hin und erklärt, dass er es begrüßen würde, wenn einige Vertreter der Fraktionen daran teilnehmen würden.

Als letztes richtet Herr Stobbe eine Anmerkung an die Presse hinsichtlich des am 17.03.2010 erschienenen Kommentars zum Ibach-Steg. Den hier erweckten Anschein, dass die Verwaltung die Politik ohne vorherige umfassende Information zu Entscheidungen gebracht habe, weist er entschieden zurück, da die im letzten Absatz des Kommentars benannte Person mit der Verwaltung bisher noch keinerlei Kontakt aufgenommen habe.

4 **Änderung von Ausschussbesetzungen**

024/2010

Beschluss:

Die in der Vorlage 024/2010 vorgeschlagenen Änderungen der stellvertretenden Ausschussbesetzungen werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

NB: Bürgermeister

**5 Neubildung des Koordinierungskreises
Ausländische Mitbürger Schwelm**

030/2010

Beschluss:

Der Koordinierungskreis Ausländische Mitbürger Schwelm wird gebildet aus

je einer von den im Rat vertretenen Fraktionen bestimmten Person,
je einem Mitglied der Wohlfahrtsverbände AWO, Caritas und Diakonie,
den vom Rat bestimmten ausländischen Vertrauensleuten und
dem Sozialdezernenten der Stadt Schwelm.

Den ausländischen Vertrauensleuten für die Legislaturperiode
2009 – 2014 soll Herr Ramazan Sarsik, Prinzenstr. 28 angehören.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

**6 Errichtung eines Mensengebäudes für das Märkische
Gymnasium**

035/2010

Herr Flüshöh erinnert an seine mehrfache Nachfrage, ob die Kosten für die Bühne in
der Mensa des Märkischen Gymnasiums sichergestellt seien und fragt, ob es
Neuigkeiten hierzu gebe. Herr Stobbe teilt mit, dass ein Angebot über eine Bühne mit
48 m² Fläche zu einem Preis von rd. 7.000 € vorliege.

Herr Voß ergänzt, dass die Kosten -wenn sie endgültig vorliegen- im Rahmen der
Haushaltsberatungen sichergestellt werden müssten.

Beschluss:

Die Arbeiten für die Errichtung der Mensa am Märkischen Gymnasium dürfen im
Jahre 2010 mit einem Auftragsvolumen von insgesamt 458.600 € bereits vor
Beschlussentscheidung des Rates über den Etat 2010/2011 fortgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

**7 Aufhebung des Sperrvermerkes beim Etatansatz
"Digitale Alarmierung" Dringlichkeitseinscheidung
gem. § 60 Abs. 1 der Gemeindeordnung NRW**

001/2010

Herr Gießwein erklärt, dass die Stadt Schwelm eine Vorauszahlung in Höhe von rd.
81.000 € für die digitale Alarmierung an den Kreis geleistet habe, es aber laut
Rücksprache mit der Kreisverwaltung überhaupt noch nicht klar sei, wann die
Einführung erfolge. Es gebe hierzu keinen Zeitplan. Des weiteren beanstandet er
das Vorgehen der Verwaltung hinsichtlich des Sperrvermerks zu Gunsten des
Hauptausschusses.

Herr Voß bestätigt seine Ausführungen zum Sperrvermerk und erläutert Herrn Gießwein auf seine Nachfrage die Höhe des Betrages.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die vom Bürgermeister und einem Ratsmitglied getroffene Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 GO NRW zur Aufhebung des Sperrvermerkes bei Buchungsstelle 02.01.08/0015.781200 – Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen an Gemeinden (GV) -.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	31
	dagegen:	3
	Enthaltungen:	2

8 Bebauungsplan Nr. 85 "Östlich Zamenhofweg" 011/2010
1. Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 2 BauGB
2. Beschluss gem. § 3 Abs. 1 BauGB
3. Beschluss gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Herr Stobbe verweist auf den ausliegenden Antrag der SPD auf getrennte Beschlussfassung (dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Herr Philipp beantragt die Aufnahme eines Satzes in den Beschlussvorschlag, in Flur 21, Flurstück 613 keine überbaubare Fläche auszuweisen, um es bei der Konzentration zu belassen und nicht weiter zu verdichten. Die Lebenshilfe wolle jetzt die Möglichkeiten so ausschöpfen, wie sie damals zugelassen wurden.

Herr Schwunk beanstandet, dass nicht dem einen ein Baurecht verweigert und dem anderen zugestanden werden könne.

Herr Philipp bezieht sich hierzu auf die im Hauptausschuss vom 04.03.2010 zum Ausdruck gebrachte Verneinung einer Ungleichbehandlung.

Herr Grüntker hinterfragt das Prozessrisiko der Verwaltung im Fall der Aussparung des Flurstücks 613.

Herr Guthier teilt mit, dass man die Rechtsprechung der nächsten 3 bis 5 Jahre nicht kalkulieren könne, ein Präzedenzfall aber keinen Rechtsanspruch schaffe.

Herr Weidenfeld hält es nicht für sinnvoll, die Fläche in einzelnen Stücken zu betrachten.

Der Bürgermeister stellt zunächst den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung des Antrages der SPD zur Abstimmung, in Flur 21, Flurstück 613 keine überbaubare Fläche auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	17
	dagegen:	17
	Enthaltungen:	2

Auf Grund Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt (§ 50 Abs. 1 GO NRW).

Anschließend fordert er zur Beschlussfassung über die Urfassung des Beschlussvorschlages auf.

Beschluss:

1. Gem. § 2 Abs.1 des Baugesetzbuches (BauGB) i.V.m. § 13a vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), in der zurzeit gültigen Fassung, wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 85 „Östlich Zamenhofweg“ im beschleunigten Verfahren beschlossen. Von der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, vom Umweltbericht nach § 2a BauGB, der Angabe nach § 3 Abs.2 S. 2 BauGB und der zusammenfassenden Erklärung gemäß §10 Abs. 4 BauGB wird abgesehen; § 4c BauGB (Monitoring) ist nicht anzuwenden.

Das Plangebiet beinhaltet die Flurstücke (Stand 07.01.2010) Gemarkung Schwelm, Flur 21, Flurstücke: 454 teilw., 457 teilw., 540 teilw., 541 teilw., 581, 582, 583, 591, 592, 597, 598, 607, 608, 613, 614, 615 teilw., 616 teilw.

Die genauen Grenzen des Plangebiets setzt der Bebauungsplan fest (§ 9 Abs.7 BauGB).

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß §3 (1) BauGB durchzuführen. Der Vorentwurf und die dazugehörige Entwurfsbegründung sind für die Dauer von zwei Wochen im Verwaltungsgebäude II, Moltkestraße 24, Fachbereich 5 Planung / Bauordnung, 1. Etage, öffentlich auszulegen. Der Öffentlichkeit ist Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung zu geben.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage des beiliegenden Vorentwurfs und der dazugehörigen Entwurfsbegründung die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. IS 2414), in der zurzeit gültigen Fassung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
	dafür	
	dagegen:	
	Enthaltungen:	1

9 24. Flächennutzungsplanänderung (Bereich 013/2010
Talstraße, Baumarkt)
2. Erneute öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2
Baugesetzbuch (BauGB) und erneute Beteiligung der
Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange
gem. § 4 Abs. 2 BauGB

Herr Stobbe ruft zur Abstimmung über die Vorlage 013/2010 erweitert um die im Ausschuss für Umwelt und Stadtentwicklung und Hauptausschuss beschlossenen Ergänzungen „Umweltbericht“ und „Klimaanalyse“ unter Punkt 3 auf.

Ergänzter Beschluss:

1. Der Beschluss des Rates der Stadt Schwelm vom 19.06.2008 der 24. FNP-Änderung (Bereich Talstraße, Baumarkt) wird aufgehoben.
2. Die Entwurfsbegründung zur 24. Flächennutzungsplanänderung (Bereich Talstraße, Baumarkt) wird wie folgt geändert: "Die Gesamt-Verkaufsfläche beträgt 12.100 qm und beinhaltet Flächen von insgesamt max. 10 % (1.210 qm insg.) für zentrenrelevante Randsortimente."
3. Gemäß § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 des Baugesetzbuches (BauGB) vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung wird die 2. erneute öffentliche Auslegung der 24. FNP-Änderung (Bereich Talstraße, Baumarkt), einschließlich der dazugehörigen Entwurfsbegründung beschlossen.

Informationen zu umweltrelevanten Aspekten :

- Städtökologischer Fachbeitrag
- Umweltbericht
- Klimaanalyse

Diese Unterlage kann während der Offenlegung eingesehen werden. Von der Regelung des § 4 a Abs. 6 BauGB, dass unter den darin genannten Voraussetzungen Stellungnahmen, die nicht innerhalb der Offenlegungsfrist abgegeben werden, unberücksichtigt bleiben, wird Gebrauch gemacht.

Die 24. FNP-Änderung mit der dazugehörigen Entwurfsbegründung ist für die Dauer eines Monats im Fachbereich 5/6 „Bürgerservice“ (Planung) öffentlich auszulegen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Planentwurfes der 24. FNP-Änderung (Bereich Talstraße, Baumarkt) die Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) in der zur Zeit gültigen Fassung, durchzuführen.

Zu beteiligen sind folgende Behörden:

- Wupperverband
- BR Arnsberg Dezernat 54 (Umweltverwaltung)
- Geologisches Landesamt NRW
- Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Schwelm (AGU)
- EN-Kreisverwaltung (Untere Wasser-, Abfall- und Landschaftsbehörde)

Gemäß § 4a Abs. 3 BauGB können Anregungen nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen der 24. FNP-Änderung vorgebracht werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig:

**10 Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe 034/2010
 von verkaufsoffenen Sonntagen 2010**

Bürgermeister Stobbe weist zunächst auf die bereits im Hauptausschuss festgestellten Änderungen der Termine unter § 1 der Verordnung hin.

Die korrekten Daten lauten unter § 1 b) der Verordnung 10.10.2010 und unter § 1 c) der Verordnung 12.12.2010

Anschließend teilt er mit, dass die Kosten in Höhe von 50 € für die Bekanntmachung in der Zeitung nach der neuen Dienstanweisung vom 28.01.2010 entfallen.

Herr Philipp bringt zum Ausdruck, dass er es begrüßen würde, wenn auch nach dem Wechsel der Zuständigkeit für die Durchführung des Weihnachtsmarktes zur GSWS die WSG an diesem Sonntag als gemeinsame Aktion den verkaufsoffenen Sonntag durchführe.

Herr Feldmann spricht sich im Hinblick auf die betroffenen Beschäftigten prinzipiell gegen verkaufsoffene Sonntage aus.

Abschließend ruft Herr Stobbe zur Abstimmung über Vorlage 034/2010 unter Berücksichtigung der korrigierten Termine auf.

Beschluss:

Die beiliegende „Ordnungsbehördliche Verordnung über die Freigabe von verkaufsoffenen Sonntagen“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	29
	dagegen:	7
	Enthaltungen:	

**11 Erweiterung der Förderschule um den Schwerpunkt 217/2009
 Sprache**

Herr Voß greift die Anregung aus dem Schulausschuss auf und erklärt, dass die Kinder, die jetzt eingeschult werden, nicht nach Oberbauer müssen, sondern bereits in Schwelm beschult werden können.

Beschluss:

Die Förderschule für Lernbehinderung und für soziale und emotionale Entwicklung im Primarbereich wird ab dem Schuljahr 2011/12 erweitert um den Förderschwerpunkt Sprache.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Ennepetal ist fristgemäß zu kündigen.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

Herr Feldmann erklärt, dass die Resolution das Ergebnis falscher Politik auf Landesebene sei und trägt Änderungsvorschläge zur Resolution vor. Unter anderem bittet er, auf der 1. Seite unter dem zweiten Spiegelstrich das Wort „Behinderte“ in „Menschen mit Behinderungen“ zu ändern.

Herr Flüshöh bringt zum Ausdruck, dass die Resolution nicht für den Wahlkampf genutzt werden solle. Dazu sei die Situation viel zu prekär, als dass man sich mit solchen Diskussionen auseinander dividieren solle. Er schlägt vor, die Resolution in der ersten Hauptausschusssitzung nach der Landtagswahl zu verabschieden, da sie dann den richtigen Adressaten erreiche und man die Möglichkeit habe, verschiedene Punkte noch zu bearbeiten. Im großen und ganzen halte er die Resolution für richtig und mit entsprechender Neutralität geschrieben. Er stellt die Bitte um Vertagung falls nötig auch als Antrag.

Herr Philipp weist darauf hin, dass es die Tendenz zu einer Resolution schon sehr lange gebe. Zuletzt im Herbst habe man im Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. über eine gemeinsame Resolution nachgedacht. Wenn sie nicht jetzt erfolgt, setze man ein schlechtes Zeichen nach außen. Die SPD werde keinen Änderungswünschen zustimmen.

Herr Schwunk kritisiert, dass eine Resolution gemeinsam mit der Politik zu erfolgen habe, was nicht geschehen sei. Im übrigen sei die Resolution inhaltlich falsch. Dies erläutert er an Beispielen und weist darauf hin, dass keine Eile geboten sei, da in der jetzigen Wahlperiode keine Landtagssitzung mehr stattfinde.

Herr Gießwein ist der Meinung, dass man mit der Resolution nun ein in Bezug auf Landes-/Bundesregierung neutral gehaltenes Papier vorliegen habe, das zwischen allen Hauptverwaltungsbeamten und dem Kreis abgestimmt sei. Da es aus heutiger Sicht schier unmöglich erscheine, jemals aus dem HSK herauszukommen, sei es um so wichtiger, in dem vorgesehenen Zusammenschluss eine gemeinsame Resolution als neutrales Papier und nicht als Politikum auf den Weg zu bringen.

Herr Schier bemerkt, dass es in den letzten drei Jahren nie den richtigen Zeitpunkt gab, der für eine gemeinsame Resolution geeignet erschien. Er appelliert, nicht parteipolitisch zu entscheiden, sondern für die Kommune.

Nach Auffassung des Herrn Kirschner ergibt sich der Bedarf einer Resolution aus den zur Zeit geführten Haushaltsdebatten als aktuelles Anliegen.

Herr Kranz findet, dass es auf die Grundrichtung ankomme. Man müsse für die Stadt etwas tun, und zwar schnell. Zur Formulierung werde es immer Änderungswünsche geben.

Bürgermeister Stobbe erklärt, dass in der Runde der Hauptverwaltungsbeamten ein ursprünglich längeres Papier nochmals gekürzt und Schärfen herausgenommen wurden. Man habe sich darauf verständigt, das Papier in der nächsten erreichbaren Ratssitzung einzubringen. Er bittet darum, mit einheitlicher Meinung voranzugehen.

Zum Abschluss der umfangreichen Diskussion fordert Herr Stobbe zur Abstimmung über den Vertagungsantrag des Herrn Flühöh auf.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	14
	dagegen:	22
	Enthaltungen:	

Herr Feldmann beschränkt sich wegen voraussichtlich zu erwartender Minderheit auf die Bitte, den Begriff „Behinderte“ durch „Menschen mit Behinderungen“ auszutauschen.

Diesem Wunsch wird einmütig zugestimmt.

Anschließend ruft der Bürgermeister zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus Vorlage 051/2010 auf.

Beschluss:

Die beigefügte Resolution des Ennepe -Ruhr-Kreises und der kreisangehörigen Städte zur kommunalen Haushaltslage an das Land Nordrhein-Westfalen wird zur Beratung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	
	dafür	22
	dagegen:	14
	Enthaltungen:	

13 Bewilligung einer weiteren überplanmäßigen Ausgabe -Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen- 049/2010

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.03.03.533200 -Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen- werden weitere überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von 14.100,- € für das Haushaltsjahr 2009 bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/-auszahlungen bei der Buchungsstelle 05.03.01.533923 – Leistungen in besonderen Fällen, sonstige Mieten- in Höhe von 14.100,- € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:	einstimmig:	X
----------------------	-------------	---

- 14 **Bewilligung einer weiteren überplanmäßigen** 050/2010
Ausgabe -Soziale Leistungen an natürliche Personen
außerhalb von Einrichtungen-

Beschluss:

Bei der Buchungsstelle 06.03.03.533100 –Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen- werden weitere überplanmäßige Aufwendungen/Aus-zahlungen in Höhe von 17.200,- € für das Haushaltsjahr 2009 bewilligt. Die Deckung ist durch Minderaufwendungen/-auszahlungen bei der Buchungsstelle 06.03.08.533900 -Sonstige soziale Leistungen- in Höhe von 17.200,- € gewährleistet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

- 15 **Neufassung der Hauptsatzung, der** 222/2009
Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse
und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm
- 15.1 **Neufassung der Hauptsatzung, der** 222/2009/1
Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse
und der Zuständigkeitsordnung der Stadt Schwelm
- 15.2 **Neufassung der Hauptsatzung, der** 222/2009/1/1
Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse
und Änderung der Zuständigkeitsordnung

Bürgermeister Stobbe erklärt, dass lediglich über den Beschlussvorschlag der Vorlage 222/2009/1/1 zu beschließen sei, da dieser Vorlage die aktualisierten Ausfertigungen der Hauptsatzung, Geschäftsordnung und Zuständigkeitsordnung beigelegt und die Anlagen der Vorlagen 222/2009 und 222/2009/1 damit überholt seien.

Er verweist auf die im Hauptausschuss vorgetragenen Änderungswünsche des Herrn Flühöh (nachstehend fett gedruckt bzw. durchgestrichen) in § 11 der Hauptsatzung.

§ 11 Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen

- (1) *Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind für Bedienstete in Führungspositionen Entscheidungen, die das beamtenrechtliche Grundverhältnis (**insbesondere Einstellung, Ernennung, Beförderung, Entlassung oder Versetzung**) oder das Arbeitsverhältnis einer tariflich Beschäftigten oder eines tariflich Beschäftigten (Höhergruppierung, Entlassung) zur Gemeinde verändern, durch den ~~Rat~~ Hauptausschuss im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister zu treffen. Dies gilt nicht für die Versetzung in den Ruhestand.*

Des Weiteren bittet er der Ergänzung der Überschrift der Hauptsatzung um die Worte „vom“ plus entsprechendem Datum zuzustimmen und erläutert kurz die Beweggründe hierfür.

Als letztes macht er auf die erforderliche Korrektur eines Schreibfehlers in der Zuständigkeitsordnung unter § 3, Zeile 2, 1. Wort aufmerksam. Dort sei das Wort „Buchstabe“ durch das Wort „Der“ zu ersetzen.

Anschließend ruft Herr Stobbe zur Abstimmung des Beschlussvorschlages der Vorlage 222/2009/1/1 unter Einbeziehung sämtlicher oben aufgeführter Änderungen auf.

Beschluss:

1. Die Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Schwelm wird wie im Entwurf (Anlage 1) vorgeschlagen beschlossen.
2. Die Neufassung der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse wird wie im Entwurf (Anlage 2) vorgeschlagen beschlossen.
3. Die Änderung der Zuständigkeitsordnung (Anlage 3) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen 021/2010 **"Vollständige Beratung aller Standards"**

Herr Stobbe teilt mit, dass bei der Einbringung der Vorlage in den Finanzausschuss am 11.02.2010 bereits festgestellt worden sei, dass eine Vorberatung im Finanzausschuss am 11.03.2010 nicht erforderlich sei und der Rat über den Antrag entscheiden solle.

Herr Grüntker weist darauf hin, dass die Fraktion der CDU nicht mit Einsparungsvorschlägen warten werde, bis die Liste erstellt sei.

Der Bürgermeister ruft zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen „Vollständige Beratung aller Standards“ auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

17 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 033/2010 **04.02.2010 "Einführung eines ganzheitlichen** **Energiemanagements für alle Liegenschaften der** **Stadt Schwelm"**

17.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 033/2010/1 **04.02.2010 "Einführung eines ganzheitlichen** **Energiemanagements für alle Liegenschaften der** **Stadt Schwelm"**

Herr Stobbe erläutert die Beweggründe für die Vorlage 033/2010/1 und weist darauf hin, dass den Fraktionsvorsitzenden die ersten Ergebnisse aller begutachteten Maßnahmen in einer Übersicht der Vorlage beigefügt wurden.

Herr Weidenfeld nimmt Bezug auf die Diskussion im Liegenschaftsausschuss und bringt zum Ausdruck, dass er es grundsätzlich positiv und bemerkenswert finde, dass Herr Striebeck diesen Weg gegangen sei.

Herr Flüshöh erkundigt sich, inwieweit die Grünen ihren Antrag als erfüllt ansehen.

Herr Gießwein erklärt, dass aus der Diskussion im Liegenschaftsausschuss nicht klar geworden sei, ob alle Punkte berücksichtigt worden seien und führt als Beispiel die Position Praktika an.

Herr Stobbe schlägt vor, zu den 16 geprüften Objekten die jeweiligen Einzelberichte per Email zuzusenden. Diese könnten dann als Grundlage für die weiteren Beratungen dienen. Er würde es begrüßen, im nächsten Liegenschaftsausschuss bereits Details diskutieren zu können.

Herr Flüshöh regt an, angesichts der großen Aufgabe Schwerpunkte zu setzen.

Herr Weidenfeld merkt an, dass es eigentlich darum gehe, wie man die Energienutzer dazu bekomme, die Vorschläge umzusetzen.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der dem Immobilienmanagement vorliegenden Ergebnisse der energetischen Gebäudeanalysen soll der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen angenommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig: X

18 Fragen des Rates an die Verwaltung

Herr Steuernagel bemängelt die sich in letzter Zeit häufende Praxis, dass Tagesordnungen ständig geändert werden. Bei ihm habe dies dazu geführt, dass er die Vorlagen aus dem Finanzausschuss nicht bei sich habe. Daher habe er gegen die Änderung der heutigen Tagesordnung gestimmt. Weiter beanstandet er, dass Vorlagen teilweise in 3 Fassungen auf der Tagesordnung erscheinen, wie z.B. bei TOP 15 – 15.2 der heutigen Sitzung.

Herr Stobbe erklärt allgemein die Hintergründe und Zusammenhänge.

Herr Gießwein hingegen kann die Kritik nicht nachvollziehen, da es auch in der Vergangenheit stets Änderungen in der Tagesordnung gegeben habe. Er bedankt sich vielmehr für die ausliegende geänderte Tagesordnung, mit deren Hilfe der Verlauf der Sitzung viel besser nachvollzogen werden könne.

Herr Feldmann kritisiert ihm zugegangene Wahlkampfpost mit den Worten „Pro NRW tut sich um“, erläutert deren Gesinnung und fragt in die Runde, ob man sich als Demokraten nicht überlegen solle, hiergegen etwas zu unternehmen.

Auf den Vorschlag des Herrn Flühöh, hierfür nicht Verwaltungskräfte zu binden, einigen sich die Fraktionen, sich des Themas anzunehmen und im Wege eines Antrages einzubringen.

Herrn Zeilert kündigt eine Frage zu einer Vorlage aus dem nichtöffentlichen Teil an. Der Bürgermeister schlägt vor, diese auch dort zu behandeln.

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 17 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 19.03.2010

Schritfführerin
gez.
Söhner

Der Bürgermeister
gez.
Stobbe